

BEZAHLBARE WOHNUNGEN FÜR ALLE!



KEIN PROFIT MIT
GRUNDBEDÜRFNISSEN!

DKP



- **Sozialen Wohnungsbau in öffentliche Hand**
- **Leerstand zu Wohnraum umwandeln**
- **Zwangsräumungen stoppen**
- **Keine Verdrängung durch Modernisierung und Abriss**
- **Boden ist keine Ware - Spekulation stoppen**

Mieten runter - Jetzt!

Die Entwicklung der Mieten ist Besorgnis erregend. Die Ausgaben für die Wohnungen sind so hoch, dass sie für immer mehr Haushalte ein Armutsrisiko darstellen.

Weil z.B. in Baden-Württemberg, viel zu wenig Wohnungen gebaut werden, verschlimmert sich die Situation von Jahr zu Jahr. Die Lücke ist so groß, dass sie nur geschlossen werden könnte, wenn jährlich 65 000 Wohnungen hinzukämen.

Tatsächlich seien aber nur 30 000 Wohnungen errichtet worden.

Jährlich müssen mindestens 6 000 neue Sozialwohnungen mit langer Preisbindung hinzukommen, sagt der Mieterbund.

Explosion der Mieten !

Das trägt zur „Explosion“ der Mieten bei, so die DKP-Heidenheim. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel: „Die Wohnungspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Mieter orientieren und nicht an den Profitinter-

essen der Wohnungsbaukonzerne wie Vonovia“.

In der Tat verfällt der soziale Wohnungsbau.

Er krankt an der zeitlichen Begrenzung von Miet- und Belegungsbindung.

Seit Jahren fallen mehr alte Sozialwohnungen aus der Bindung, als neue gebaut werden.

Wohnungen verkommen, solange Vermieter durch die Renovierung keine Gewinne machen können.

Das war in Heiden-

heim viele Jahre der Fall. Und angesichts von anhaltendem Wohnungsmangel steigen die Mieten.



**MIETEN
STOPP!**

DENN DEIN
ZUHAUSE STEHT
AUF DEM SPIEL

ViSdP: DKP Heidenheim,
W. Benz, Schummaanstrasse 3, 89518 HDH

Das Problem heißt Markt. Die Gesetze des Marktes werden mit staatlicher Gewalt durchgesetzt. Zudem wird das Mietrecht immer wieder zugunsten der Eigentümer verändert. Immobilien-Haie wie Vonovia und Co. generieren Rekordprofite.

Ist ein Kraut dagegen gewachsen?

Ja: Wohnungsbau muss in öffentliche Hand!

Das sagt die DKP schon lange. Schon 1990 wurde die Wohnungsgemeinnützigkeit samt der damit verbundenen Steuerprivilegien für gemeinnützige Wohnungsgesellschaften abgeschafft.

Wir brauchen ein Gesetz über eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, damit Wohnungsgesellschaften von Steuern befreit werden können, solange sie im Sinne des Gesetzes die Mieten günstig halten und sozialen Bedingungen genügen.

Wohnen muss bezahlbar sein.

Zwangsräumungen müssen aufgehören, ebenso wie die Spekulation mit Wohnraum und Grundstücken.

Zweckentfremdung durch Umwandlung in Büroraum, Ferienwohnungen oder durch Leerstand ist konsequent zu unterbinden.

Wir wollen den Mietenanstieg stoppen!



Reinhard Püschel - Heidenheim

**Am 26. Sept. 2021
Bundestagswahl**



**Kandidaten auf der
Landesliste BaWü**



Renata Eckhoff - Geislingen

